

Von Macht und Verantwortung in der Corona-Pandemie

LEANDER LÖWE

Schüler der Kölner Journalistenschule

Politiker*innen erinnern die Bevölkerung in der Pandemie immer wieder daran, dass das Handeln eines jeden Menschen eine große Wirkung hat. Damit geht auch Macht einher – über sich selbst und über andere. Doch nicht alle gehen verantwortungsvoll damit um: Eine wütende Meute stürmt auf die Reichstagstreppe und wird nur von drei Polizisten mit Schlagstöcken in der Hand zurückgedrängt. Die junge „Jana aus Kassel“ steht auf einer Demonstration und erklärt, sie fühle sich wie die NS-Widerstandskämpferin Sophie Scholl, wenn sie die Corona-Beschränkungen kritisiert.

EIN JEDES RECHT IST UNTRENNBAR MIT MACHT UND DAMIT VERANTWORTUNG VERBUNDEN

Die Beispiele aus dem Jahr 2020 zeigen, dass viele Menschen mit einem einfachen Prinzip überfordert sind: Unsere Rechte als Bürger*innen sind untrennbar mit Macht und Verantwortung verbunden. Erklären lässt sich dieses Prinzip wie folgt: Ein Mensch besitzt universelle Rechte. Er hat verschiedene Möglichkeiten, verschiedene Handlungsoptionen, um diese Rechte individuell auszuleben. Diese Handlungsoptionen räumen ihm Entscheidungsfreiheiten ein.

„Es sollte nie die Frage sein, wie viel wir tun dürfen, um uns noch im rechtlichen Rahmen zu bewegen. Vielmehr sollten wir uns fragen, wie viel wir tun dürfen, um nicht unverantwortlich zu handeln. Dazu müssen wir Grundrechte gewichten und abwägen, welche Einschränkungen die geringsten Opfer fordern.“

Was ist also Macht? Die Macht ist ein zwischenmenschliches Gefüge von Kräften, das die Lebenswirklichkeit der Menschen direkt oder indirekt beeinflusst. Macht ist in unserem Alltag omnipräsent, unterscheidet sich aber in ihrer Intensität. So haben Obrigkeiten oft eine direkte Kontrolle über den

Lebensalltag der Bevölkerung, während die individuelle Macht eines jeden Bürgers oder jeder Bürgerin ganz unterschiedlich ausgeprägt sein kann.

VERANTWORTUNGSVOLLER UMGANG MIT MACHT GEWINNT WEITER AN BEDEUTUNG

Die individuelle Macht kann der Mensch auf zwei Arten nutzen: verantwortlich oder unverantwortlich. Verantwortliches Handeln heißt, sich über die eigenen machtvollen Taten bewusst zu werden und ihre Konsequenzen zu tragen. Macht und Verantwortung gehen also Hand in Hand und sind proportional voneinander abhängig. Je mehr Macht, desto mehr Verantwortung. Hat ein Mensch hingegen keine Macht, so trägt er keine Verantwortung. Um diesen Zusammenhang wusste schon Alfred Herrhausen, der sich selbst für den verantwortungsvollen Umgang mit der Macht einsetzte. Doch auch während der Corona-Pandemie gewinnt der verantwortungsvolle Umgang mit der Macht weiter an Bedeutung. Darf ein Mensch aufgrund von Corona-Beschränkungen keinen anderen Menschen treffen, so wird ihm die individuelle Entscheidungsmacht entzogen. Er ist seiner Verantwortung enthoben. Missachtet der Mensch jedoch die Beschränkungen, ist sein Handeln machtvoll und von ihm zu verantworten.

Im Jahr 2020 hat sich immer wieder gezeigt, dass es Menschen gibt, die sich über Abstandsregeln hinwegsetzen, die sich der Maskenpflicht verweigern oder wie Jana aus Kassel, ein Opfer des NS-Regimes missbrauchen, um zu genau solchen Verstößen aufzurufen. Sie verhalten sich genauso verantwortungslos wie eine Menschenmasse, die versucht, das demokratisch gewählte Parlament zu stürmen. Sie gefährden unsere demokratische Grundordnung, indem sie die Versammlungsfreiheit und die dadurch garantierte Macht über andere missbrauchen, um bewusst rechtliche Grenzen überschreiten zu können. Versammlungsverbote waren die logische Folge.

Das Coronavirus und die Regeln zu dessen Bekämpfung öffnen in diesem Diskurs ein neues gesellschaftliches Spannungsfeld. Die verantwortungsvolle Akzeptanz der Corona-Regeln in einem solidarischen Miteinander steht dem mutwilligen Verstoß für den Erhalt individueller Freiheiten gegenüber. Dabei befinden wir uns in einem rechtlichen Dilemma. Denn die Menschenrechte und Grundfreiheiten gelten auch in einer Pandemie und können in einem Rechtsstaat nicht außer Kraft gesetzt werden. Das garantiert die Verfassung.

WIE VIEL DÜRFEN WIR TUN, UM NICHT UNVERANTWORTLICH ZU HANDELN?

Um einem Konflikt der verschiedenen Grundrechte aus dem Weg zu gehen, hat die Pandemie die meisten Menschen gelehrt, anders zu denken. Demzufolge sollte die Frage nie sein, wie viel wir tun dürfen, um uns noch im rechtlichen Rahmen zu bewegen. Vielmehr sollten wir uns fragen, wie viel wir tun dürfen, um nicht unverantwortlich zu handeln. Dazu müssen wir Grundrechte gewichten und abwägen, welche Einschränkungen die geringsten Opfer fordern.

Doch einen Verzicht wollen die Demonstrierenden dabei grundsätzlich nicht hinnehmen, denn niemand verzichtet gern. Ihnen die Problematik ihres Verhaltens zu vermitteln, erweist sich als genauso kompliziert, wie es in der Klimakrise bei der breiten Bevölkerung der Fall ist: Auf Sojaschnitzel und nachhaltige Verpackungen greifen die Menschen für ihren Lifestyle zwar gern zurück, aber die Kreuzfahrt in der Karibik können sie natürlich nicht aus dem Kalender streichen. Genau damit könnten sie aber in individueller Verantwortung handeln.

In Krisenzeiten bekommt diese individuelle Verantwortung zusätzliches Gewicht. Denn wer die Verfassung und die Grundfreiheiten bewusst gefährdet, der hat in unserer Gesellschaft keinen Platz. Individuelles Engagement, Zivilcourage und ein ablehnendes Urteil gegenüber jenen, die ihre Macht über andere missbrauchen, sind nötig, um die gleichen Rechte aller Menschen zu achten und zu gewährleisten.

Wenn ein Mensch also wiederholt und bewusst die eigene Verantwortung missachtet, muss seine Macht durch die Gemeinschaft und die Individuen, aus denen sie sich zusammensetzt, beschränkt werden. Durch eine solche Einschränkung soll der Mensch nicht verletzt werden. Vielmehr soll ihn die kritische Masse durch ihr Handeln mit Nachdruck zu seinem

Verantwortungsbewusstsein zurücklenken. Das erfordert, weiterhin mit den Menschen im Dialog zu bleiben und zu versuchen, den anderen zu verstehen. Doch es heißt auch, sich bei Grenzüberschreitungen abzugrenzen und deutlich zu sagen: „Ich teile und akzeptiere deine Auffassung nicht“.

KONSTRUKTIVE ABGRENZUNG ALS LOGISCHE KONSEQUENZ

Ein Ordner auf einer Demonstration in Hannover machte genau das vor. Er sagte „Jana aus Kassel“, er wolle „für so einen Schwachsinn“ nicht mehr einstehen. Er grenzte sich ab. Sein Beispiel regte eine Debatte an und erinnerte deutlich an die Verantwortung und Handlungsmacht des einzelnen. Um das zu erreichen, muss man heute nicht mehr zwingend auf die Straße. Mut erfordert es dennoch, viel Gegenrede und starke Nerven inklusive.

Eine solche konstruktive Abgrenzung ist logisch, sie ist vernünftig. Denn am Ende stellt sich in außerordentlichen Situationen wie einer pandemischen Lage die Frage: Wiegt die subjektive Freiheit mehr, oder das eigene und andere Leben?



IMPRESSUM

Alfred Herrhausen Gesellschaft

Mitglieder der Geschäftsführung: Dr. Anna Herrhausen und Daniela Kaiser

Unter den Linden 13-15

10117 Berlin

Tel. +49 (0)30 3407 5559

Fax. +49 (0)30 3407 4209

E-Mail: info.ahg@db.com

Handelsregister: AG Charlottenburg, 116881B